

UWG:

Schäpers, Klemens sachk. Bürger/in
 Spangemacher, Christoph

Vertretung für Herrn Werner
 Bleker

Weddeling, Heinrich

Vertretung für Frau Brigitte
 Ebbing

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Krüger, Sandra

Vertretung für Frau Sigrid
 Wingerter

Martsch, Christina sachk. Bürger/in

Vertretung für Frau Maja
 Becker

Martsch, Siegfried

Schlüter, Pascal sachk. Bürger/in

ab 17.20 Uhr (TOP 3) bis
 18.50 Uhr (TOP 4 einschl.)

Gäste:

Kerkhoff, Thomas

zu TOP 3

Tesing, Martin

zu TOP 3

Dickmann

zu TOP 3

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Schulze Hessing, Mechtild Bürgermeisterin

Kuhlmann, Jürgen Techn. Beigeordneter

Schulze-Dinkelborg, Rolf Fachbereichsleiter

Beckmann, Christoph Fachbereichsleiter

Rottstegge, Josef

Mertens, Maria

Schriftführer/in:

Kaß, Matthias

bis 17.30 Uhr (TOP 3)

Müller, Jessica

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Flasche, Bernd

Gantefort, Thomas sachk. Bürger /

Ortsvorsteher

Klöpper, Hendrik

Nikolov, Nico

Richter, Frank

SPD:

Eggern, Dieter

Kaiser, Michael

Niemeyer, Jürgen

UWG:

Bleker, Werner sachk. Bürger/in

Ebbing, Brigitte stv. Ausschussvorsitzende

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja

Wingerter, Sigrid

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian

Westermann, Hartwig

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Nießing, Norbert 1. Beigeordneter der Stadt Borken

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss, Umwelt- und Planungsausschuss
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss, Umwelt- und Planungsausschuss
- 3 Finanzierungsmöglichkeiten für Wirtschaftswegebau und - unterhaltung
Vorlage: V 2017/245
Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss, Umwelt- und Planungsausschuss
- 4 Wirtschaftswegekzept - Sachstand und Ausblick auf das weitere Verfahren
Vorlage: V 2017/246
Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss, Umwelt- und Planungsausschuss
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss, Umwelt- und Planungsausschuss
- 6 Anfragen an die Verwaltung
Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss, Umwelt- und Planungsausschuss

Öffentlicher Teil**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

Herr Börger, Vorsitzender des Wasser-, Wirtschaftswegebauausschusses eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Inbesondere begrüßt er die Gäste der gemeinsamen Sitzung, **Herrn Bürgermeister Kerkhoff** aus Gescher, **Herrn Beigeordneten Tesing** aus Raesfeld sowie den **Fachbereichsleiter Tiefbau Herrn Dickmanns** aus Coesfeld.

Umwelt- und Planungsausschuss

Herr Rottbeck als Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses begrüßt ebenfalls die Anwesenden.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Anfragen gestellt.

Umwelt- und Planungsausschuss

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Anfragen gestellt.

zu 3 Finanzierungsmöglichkeiten für Wirtschaftswegebau und -unterhaltung Vorlage: V 2017/245

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss

Vorsitzender Börger stellt die zu diesem Tagesordnungspunkt geladenen Vertreter aus Gescher, **Bürgermeister Kerkhoff**, Raesfeld, **Erster Beigeordneter Tesing**, und Coesfeld, **Herr Dickmanns, Leiter des Tiefbauamtes**, kurz vor und bedankt sich für die Bereitschaft in der heutigen Sitzung über die jeweiligen örtlichen Finanzierungsansätze zu informieren.

Er schläge vor, Bürgermeister Kerkhoff mit dem Vortrag zum Verbandsmodell beginnen zu lassen und dann Herrn Tesing mit der Finanzierung im Rahmen der Grundsteuer A und Herrn Dickmann mit Informationen zur Veranlagung nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) folgen zu lassen.

Bürgermeister Kerkhoff berichtet anhand der der Niederschrift als Anlage beigefügten Präsentation aus der Praxis der Stadt Gescher über die Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes. **Bürgermeister Kerkhoff** betont, dass er sich in seinem Vortrag auf die Kernpunkte dieses Themas beschränkt habe. Für eine umfassende Darstellung dieses Themas würde er einen zeitlichen Rahmen von mehreren Stunden benötigen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing bedankt sich bei Bürgermeister Kerkhoff für den Vortrag und erkundigt sich nach der erwarteten Höhe des administrativen Aufwandes, der bei der Stadt Gescher verbleibe. Sie denke hier insbesondere an den Personalaufwand für das Erstellen der Bescheide und die Überwachung der Zahlungseingänge. Darüber hinaus bitte sie um Auskunft, ob die Wirtschaftswege in Gescher vom städtischen Bauhof oder Dritten instandgesetzt werden.

Bürgermeister Kerkhoff erläutert, dass es aus seiner Sicht für die Verwaltung nicht aufwendig sei, die Gebühren im Rahmen eines Abgabenbescheides zu erheben. Der Erstaufwand zur Ermittlung der Veranlagungsflächen sei zwar aufwendiger, allerdings verfüge die Kommune im Rahmen ihres Geografischen-Informationen-Systems (GIS) über die erforderlichen Daten zu Größe und aktuellem Eigentümer. Für künftige Eigentumswechsel könne er sich vorstellen, über einen Hinweis im

Veranlagungsbescheid den Alteigentümer in die Pflicht zu nehmen, die Änderung anzuzeigen.

Aktuell gehe man davon aus, dass kein erhöhter Stellenbedarf notwendig sei. Für eine abschließende Aussage hierzu sei es aktuell noch zu früh. Er vertrete zudem die Auffassung, dass die Kommune sich im Falle einer Verbandslösung nicht vollständig aus der Personalverantwortung sowie der fachlichen Verantwortung zurückziehen dürfe. Das gelte sowohl für die entstehenden Personalkosten als auch für das fachliche Know-how.

Bürgermeisterin Schulze Hessing bittet um eine konkrete Schätzung des entstehenden Aufwands.

Hierzu führt **Bürgermeister Kerkhoff** aus, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine konkrete Angabe machen könne.

Zur Herstellung einer Vergleichbarkeit erkundigt sich **Stadtverordneter Tubes** nach der Flächensituation in Gescher.

Hierzu erläutert **Bürgermeister Kerkhoff**, dass Gescher ein Gemeindegebiet von rund 8.000 ha habe. Das Verbandsgebiet werde etwa über eine Größe von 5.000 ha verfügen, da der bebaute Innenbereich nicht einbezogen werde.

Vorsitzender Börger bittet um Auskunft, wie Bürgermeister Kerkhoff das Risiko von Klagen gegen das Verbandsmodell in Gescher einschätze. .

Hierzu erläutert **Bürgermeister Kerkhoff**, dass zum aktuellen Verfahrensstand der Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes noch keine Möglichkeit bestehe, Klage zu erheben.

Aktuell sei man damit beschäftigt, Berechnungs- und Veranlagungsgrundlagen zu formulieren, die neben der Rechtssicherheit auch die Gewähr für eine sachgerechte Heranziehung aller Nutznießer bieten.

Dem Vorschlag von **Ortsvorsteher Schwane**, eine nutzungsabhängige Veranlagung vorzunehmen, hält Bürgermeister Kerkhoff den aus seiner Sicht damit verbundenen hohen Verwaltungsaufwand entgegen.

Stadtverordneter Rottbeck erkundigt sich, wie Anlieger mit einem großen Anwesen oder Betrieb berechnet würden.

Bürgermeister Kerkhoff erklärt, dass man eine Veranlagungsstruktur vorsehe, die sachgerecht sei, aber auch der Forderung nach einer einfachen Verwaltungsstruktur gerecht werde. Aus diesem Grund sehe man für Kleineigentümer einen pauschalen Grundbetrag vor und werde erst oberhalb dieser Schwelle einen flächenabhängigen Verbandsbeitrag erheben.

Stadtverordneter Hadder vertritt die Auffassung, dass das Verbandsmodell durchaus Vorteile für die Kommune biete, sieht aber insbesondere Nachteile für die Anlieger.

Um hier eine sachgerechte Bewertung abzugeben, sei es jedoch erforderlich sich detaillierter mit dem Thema zu beschäftigen. Hierzu bittet er Bürgermeisterin Schulze Hessing um Auskunft, ob die Stadt Borken über die Einführung des Verbandsmodells nachgedacht habe.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass über verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert werde. Im Rahmen der politischen Beratung sei eine Entscheidung zu treffen, die zum aktuellen Zeitpunkt sachgerecht und mit verantwortbarem Aufwand umsetzbar sei. Der Bauhof, dessen wertvolle Arbeit und

Kompetenz unverzichtbar sei, solle federführend bleiben. Hierbei müsse man im Auge behalten, welcher Maßnahmenumfang bei den vorhandenen Kapazitäten leistbar sei. Diese Betrachtung müsse auch in die Höhe des Budgets einfließen, über das noch politisch zu entscheiden sei.

Mit der heutigen Sitzung habe man in einem ersten Schritt über Möglichkeiten informieren wollen. Hierbei sei sicherlich auch interessant, wie sich die Zukunft des Gründungsverfahrens des Wirtschaftswegeverbandes in Gescher gestalte.

Sachkundige Bürgerin Martsch findet, dass Borken bereits jetzt eine Zweiklassengesellschaft mit dem Außen- und Innenbereich habe. Sie möchte wissen, in welchem Maße die Grundsteuer A angehoben werden müsse.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh sei, um von Zahlen zu sprechen und regt an, erst die weiteren Vorträge zu hören, um dann im Nachgang darüber zu diskutieren.

Ortsvorsteher Stork pflichtet ihr bei und sagt, dass er befürchte, dass bei dem Verbandsmodell ein erheblicher Beitragsanteil auf die Kosten der Verwaltung der Verbandsstruktur entfalle und damit nicht für den tatsächlichen Wegebau zur Verfügung stehe. Da Wirtschaftswege von allen Bürgern genutzt würden, sollte solidarisch dafür gezahlt werden. Er vermisse, dass die Grundsteuer B bei der Finanzierung als Quelle in Betracht gezogen werden. Im Falle einer derartigen Co-Finanzierung würde auch die Allgemeinheit an der Finanzierung beteiligt werden.

Herr Tesing, Erster Beigeordneter der Gemeinde Raesfeld erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation wie die Gemeinde Raesfeld die Wirtschaftswege finanziert. In Raesfeld habe man sich bereits 2008 dazu entschlossen, die Unterhaltung der Wirtschaftswege teilweise über einen „Zuschlag“ zur Grundsteuer A zu finanzieren. Dieser Weg sei nicht nur transparent sondern auch einfach umsetzbar und für den einzelnen Steuerzahler mit einem maßvollen Mehrbetrag verbunden.

Bezugnehmend auf den Vortrag von Herrn Tesing setzt **Technischer Beigeordneter Kuhlmann** das Borkener Wirtschaftswegenetz mit 420 km ins Verhältnis mit Gescher, etwa die Hälfte, und Raesfeld, etwa ein Drittel.

Ausgehend von einem Haushaltsmittelvolumen von bisher rund 300 Tsd. € jährlich für die Sanierung und Instandhaltung, habe er sich bei der Kämmerei erkundigt, wie viel Einnahmen eine Erhöhung der Grundsteuer A um einen Punkt mit sich bringe.

Nach Auskunft der Kämmerei betrage das Steuermehraufkommen je Punkt etwa 1.400 €. Hochgerechnet beispielsweise auf eine Erhöhung um 60 Punkte sei ein zusätzliches Steueraufkommen von 85 Tsd. Euro zu generieren.

Ortsvorsteher Stork merkt an, dass bei einer Erhöhung der Grundsteuer A nur Landwirte herangezogen würden. Da Wirtschaftswege aber auch touristische Verbindungen seien und von der Allgemeinheit genutzt würden, bittet er Herrn Tesing um Auskunft, ob diese Vorgehensweise in Raesfeld widerspruchlos hingenommen worden sei.

Herr Tesing erklärt, dass im Jahr 2014 eine Weiterverfolgung des bereits 2009 eingeschlagenen Finanzierungskonzeptes einstimmig beschlossen worden sei. Ergänzend verweist er darauf, dass in Raesfeld vereinbart worden sei, aus dem Haushalt einen Betrag in gleicher Höhe wie das Grundsteuermehraufkommen zur Verfügung zu stellen. So sei gewährleistet, dass je zu 50 % die Landwirte und die Allgemeinheit beteiligt seien.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann stellt fest, dass Innerorts jeder Eigentümer zu Erschließungskosten für die Herstellung und grundlegende Erneuerung einer Straße herangezogen werde. Im Außenbereich gebe es in Borken aktuell keine Kostenbeteiligung der Eigentümer an den Kosten des Straßenbaus.

Sachkundiger Bürger Schroer findet, dass man über die jeweilige Nutzung und damit verbundene Belastung der Wirtschaftswege nachdenken solle, da beispielsweise ein LKW oder Traktor zu einer anderen Abnutzung führe, als ein Auto oder ein Fahrrad. Er rege an, dass die, die die Wege am meisten belasten, auch entsprechend zahlen sollen.

Stadtverordneter Tubes sieht ebenfalls, dass man über die Belastung sprechen müsse, da klar sei, dass Traktoren die Wege mehr belasten als kleine Fahrzeuge. Hierbei solle man jedoch auch bedenken, dass vielfach für den landwirtschaftlichen Verkehr eine wassergebundene Decke ausreichen würde.

Vorsitzender Börger bittet Herrn Tesing um Auskunft, ob die Grundsteuer A auf Miet- und Pachtverträge umgelegt werden könne.

Herr Tesing erläutert, dass die Kosten regelmäßig im Rahmen von Mietverträgen umgelegt würden.

Weitere Fragen zum Thema einer Finanzierung durch das „Grundsteuer A – Modell“ wurden nicht gestellt.

Abschließend und aufbauend auf den Beiträgen der Vorredner erläutert der Leiter des Tiefbauamtes der Stadt Coesfeld, **Herr Dickmann**, die Veranlagung von Wirtschaftswegebaumaßnahmen nach dem KAG.

Herr Dickmann erklärt, dass in Coesfeld zunächst auch über eine Einführung eines Wegeverbandes nachgedacht worden sei. Gespräche mit der Landwirtschaft hätten jedoch ergeben, dass sich für die ehrenamtliche Besetzung der entsprechenden Verbandspositionen keine Freiwilligen gewinnen ließen.

Daher habe man sich entschlossen, den Neuausbau und die Verbesserung von Wirtschaftswegen nach dem KAG zu veranlagern. Aufgrund einer klaren Regelung zu den Wirtschaftswegen in der Ausbaubeitragssatzung sei man dazu in Coesfeld in der Lage.

Im Falle eines beitragsrelevanten Ausbaus trägt die Stadt Coesfeld 60 % der Kosten. 40% der Kosten werden im Veranlagungswege von den anliegenden Eigentümern erhoben.

Bisher würden im Haushalt 200 Tsd. € für die Unterhaltung der Wirtschaftswege veranschlagt. Die Asphaltierung erfolgte durch Dritte, ebenso die dafür erforderlichen Vorarbeiten. Im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung ergäbe sich ein zusätzlicher Aufwand i. H. v. 330 Tsd. € für Leistungen des Bauhofes. Der Bauhof der Stadt Coesfeld sei technisch gut ausgerüstet und könne sämtlich Arbeiten außer Asphaltierungen machen. In Coesfeld seien 225 km der Wege asphaltiert.

Gemeinsam mit der Landwirtschaft habe man in den vergangenen Jahren ein Wirtschaftswegekonzept erstellt bzw. eine Priorisierung der Wege vorgenommen. Hierzu habe man im Vorfeld zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen wie etwa die Entstehung im Zuge von Markenteilungs- und/oder Flurbereinigungsverfahren sowie die Öffentlichkeit klären müssen.

Die Wirtschaftswege wurden in fünf Kategorien eingeteilt wobei das Hauptaugenmerk auf den Wegen der Kategorie 1 liege. Für die Kategorien 4 und 5 habe man sich mit den Vertretern der Landwirtschaft geeinigt, dass diese lediglich in einem verkehrssicheren Zustand erhalten werden.

Die entsprechende Karte werde noch für einen Zeitraum von vier Wochen offengelegt, damit auch weitere Interessierte und Anwohner sich informieren können.

Herr Dickmann erläutert, dass es für Coesfeld von Vorteil sei, dass es bereits seit vielen Jahren eine Satzung gebe, die die Heranziehung von Grundstücken im Außenbereich ermögliche. Die Satzung sei auf der Internetseite der Stadt Coesfeld einsehbar.

Er glaube, dass es gelingen könne, alle Wege der Kategorie 1 nach dem KAG-Modell innerhalb von 30 Jahren zu sanieren. Bereits seit zehn Jahren veranlasse die Stadt Coesfeld erfolgreich entsprechende Ausbaumaßnahmen auch im Innenbereich.

Stadtverordneter Tubes erkundigt sich nach dem Verwaltungsaufwand für das KAG-Modell gegenüber den anderen Modellen.

Herr Dickmanns erklärt, dass in Coesfeld drei Verwaltungsmitarbeiter mit der Veranlagung von KAG-Maßnahmen beschäftigt seien.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt zu Bedenken, dass der Personalbedarf nicht unterschätzt werden dürfe, da beispielsweise für einen Ingenieur Gesamtkosten von bis zu 100 Tsd. € jährlich entstehen könnten.

Stadtverordneter Kranenburg bemängelt, dass nun über die Finanzierung der Wirtschaftswegeunterhaltung diskutiert werde. Aus seiner Sicht gebe es einen Etat, dieser müsse angepasst werden und dann könne man über eine Finanzierung nachdenken.

Bürgermeisterin Schulze Hessing hält dem entgegen, dass man sich schon fragen müsse, woher das Geld komme. Es gehe darum ein über viele Jahre tragbares Konzept zu erstellen, damit nicht jedes Jahr neu diskutiert werden müsse. Den Etat einfach aufzustocken, sei eine schnelle, aber weder eine nachhaltige noch transparente Lösung für den zukunftsfähigen Erhalt eines guten Wegenetzes.

Aus ihrer Sicht bedinge das Verbandsmodell einen großen administrativen Aufwand, erhebliche Selbstverwaltungskosten und beinhalte zum jetzigen Zeitpunkt erhebliche rechtliche Risiken.

Beim KAG-Modell sei im Rahmen der Abrechnung von Maßnahmen im Einzelfall mit erheblichen Zahllasten zu rechnen.

Das Grundsteuer A-Modell biete eine leicht umsetzbare und schnelle Möglichkeit, einen zusätzlichen Finanzierungsanteil für die Wirtschaftswegeunterhaltung zu erzielen, ohne den Einzelnen und auch die Verwaltung erheblich zu belasten. Bei einer Aufstockung eines solchen Betrages um einen Anteil aus dem städtischen Haushalt sei eine Beteiligung aller Interessen gewährleistet. Eine solche Lösung setze wie jeder andere Ansatz auch einen entsprechenden Beschluss der politischen Gremien voraus.

Wichtig sei, dass ein Finanzierungsansatz gefunden werde, der einfach umzusetzen sei, langfristig trage und möglichst allen Bürgern gerecht werde. Eine darüber hinaus gehende Diskussion sei nicht zielführend.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann weist darauf hin, dass man mit Ausgaben von rund 300.000 € jährlich für Tragedeckschichten, bei der die Bauhofleistungen, die

geschätzt auch noch mal 300.000 € betragen, noch nicht mit eingerechnet seien, in Borken recht gut aufgestellt sei.

Bauhofsleiter Beckmann fragt, ob in Coesfeld die Vorprofilierungsarbeiten durch den Bauhof ausgeführt und wie viele Mitarbeiter für die Wirtschaftswege eingesetzt werden.

Alle Arbeiten, abgesehen von Arbeiten am Asphalt, mache der städtische Bauhof erklärt **Herr Dickmann**. Der Bauhof beschäftige 37 Mitarbeiter. Davon seien elf als Maschinenführer eingesetzt, welche viel auf Wirtschaftswegen tätig seien. Er schätze, dass es fünf bis sechs Mitarbeiter seien, die jährlich komplett auf Wirtschaftswegen eingesetzt würden.

Stadtverordneter Martsch merkt an, dass der Innen- und Außenbereich in Borken schon immer in Konflikt stünden. Im Außenbereich gebe es viele Nachteile, wie z. B. keine Anbindung an das Abwassernetz oder die dürftigen Internetverbindungen. Er glaube, dass alle ein Interesse daran haben müssten, dass die Kosten für die Wirtschaftswege gerecht verteilt würden. Wenn ein Campingplatz subventioniert werde, sollten auch Wirtschaftswege subventioniert werden, finde er. Aus seiner Sicht seien Einsparpotentiale da. Er fragt, wer die Unterhaltung eines Bahnüberganges im Bereich von Wirtschaftswegen jetzt und zukünftig zahle.

Bürgermeister Kerkhoff erklärt, dass ein Bahnübergang wie eine Brücke zu einem komplexen Bauwerk gehöre und beim Verbandsmodell nicht in den Verband mit übergehen sollte. Einschlägig seien die Regelungen im Eisenbahnkreuzungsgesetz.

Stadtverordneter Hadder bemängelt, dass erst jetzt, wo die finanziellen Spielräume eng werden, darüber nachgedacht werde, die Landwirte zu beteiligen.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass man unter allen Bürgern eine Gerechtigkeit herstellen müsse. Bei innerstädtischen Straßensanierungen nach KAG könnte es vorkommen, dass Anlieger teilweise bis zu 10.000 € veranlagt werden.

Stadtverordneter Tubes findet es wichtig, darüber nachzudenken, wie der Erhalt der Wirtschaftswege finanziert werden könne. Der Zustand der Wirtschaftswege sei gut und die Stadt Borken stehe finanziell ebenfalls gut da. Aus seiner Sicht seien viele Investitionen im innerstädtischen Bereich zu hinterfragen.

Stadtverordneter Kindermann stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt das Ende der Diskussion. Es gehe heute lediglich um die Vermittlung von Informationen zu diversen Finanzierungsmodellen und die Diskussion uferne zu weit aus.

Stadtverordneter Kohlruss merkt an, dass die heutige Diskussion nicht nötig gewesen wäre, wenn der tatsächliche Zustand des Wegenetzes so in Ordnung wie dargestellt wäre. In Borken werde die Lebensdauer eines Wirtschaftsweges mit 60 – 70 Jahren kalkuliert. An vielen Wegen käme aber schon der Schotter durch. Es sei klar, dass Geld fehle, zu klären wäre aber, wie viel für einen sachgerechten Unterhalt nötig sei und woher es kommen solle.

Bei jedem der vorgestellten Modelle werde es „Gejammer“ geben und alle seien mit einem großen Bürokratieaufwand verbunden.

Aus seiner Sicht solle ein Modell mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand gefunden werden, damit der ersparte Aufwand in die Wirtschaftswege investiert werden könne. Eine denkbare Lösung sei, dass sowohl die Grundsteuer A als auch die Grundsteuer B erhöht werde, damit alle Borkener Eigentümer erfasst werden.

Vorsitzender Börger fasst abschließend zusammen, dass es heute lediglich um eine Information zu den verschiedenen Modellen gegangen sei, deren weitere Diskussion in den Fraktionen erfolgen solle.

Den Referenten dankt er für ihre Vorträge und die im Austausch gewonnenen Informationen und wünscht eine guten Heimweg.

zu 4 **Wirtschaftswegekonzept - Sachstand und Ausblick auf das weitere Verfahren** **Vorlage: V 2017/246**

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss

Technischer Beigeordneter Kuhlmann verweist auf die Verwaltungsvorlage und erläutert, das insgesamt betrachtet, der Zustand der Borkener Wirtschaftswege durchaus gut sei.

Im Zuge der Beratungen zum Wirtschaftswegekonzept habe man sich darauf verständigt, dass entgegen des ursprünglichen Vorschlages, über die bereits vorhandenen wassergebundenen Wege hinaus, keine Weiteren neu geschaffen werden sollen.

Auch in Zukunft sollen die befestigt ausgeführten Wege einen festen Deckenüberzug behalten.

Ein wesentlicher Aspekt hierbei sei jedoch die Beachtung der Finanzierbarkeit des guten Qualitätsniveaus.

Als Grundlage für einen nachhaltigen Einsatz der Wegeunterhaltungsmittel sei eine Kategorisierung des vorhandenen Wegenetzes erfolgt.

In diesem Zusammenhang sei deutlich geworden, dass es einen nicht unwesentlichen Wegeanteil gebe, der lediglich Individualinteressen diene. Für diese Wege seien Gespräche mit den Anliegern vorgesehen, die eine mögliche Privatisierung ausloten sollen.

Mit einer Konzentration des städtischen Wegenetzes auf die für den fließenden Verkehr erforderlichen Netzstrukturen, liege eine gute Grundlage für einen wirtschaftlichen Mitteleinsatz für künftige Wegebau- und Unterhaltungsmaßnahmen vor.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass mit der Einstufung des Wegenetzes ein Instrument vorliege, das es der Stadt Borken ermögliche, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nachhaltig und für den Bürger transparent einzusetzen.

Hierzu gehöre in einem ersten Schritt, dass Wege, die lediglich der Erschließung Einzelner dienen, gesondert betrachtet werden.

Neben dem städtischen Interesse an einer Übertragung dieser Wege, spiele für eine Übertragung an die Anlieger auch die jeweilige Qualität des Weges eine wesentliche Rolle. Daher habe man drei Fallgruppen gebildet, die hinsichtlich der Preisfindung zu unterscheiden seien.

Zum Einen gebe es Hofzufahrten und befestigte oder mit Leitungsrechten belastete Wege, an deren Übertragung seitens der Stadt Borken ein besonderes Interesse bestehe. Für solche Wege schlage man einen Kaufpreis von 1,00 € je angefangene 500 qm Wegefläche vor.

Bei unbefestigte Wegen und Grünwegen als Feld- und Walderschließung sei ein Wert von 1,00 € je qm angemessen.

Wegeparzellen, die zwischenzeitlich in der landwirtschaftlichen Nutzung untergegangen seien bzw. die nach Einziehung genutzt werden können, seien mit dem Wert der Bodenrichtwertkarte für landwirtschaftliche Grundstücke anzusetzen.

Sollte für derartige Wege ein Erwerb abgelehnt werden sei die Freilegung einzufordern, bzw. ein Pachtvertrag abzuschließen.

Stadtverordneter Kindermann sieht ebenfalls, wie in der Vorlage dargestellt, keine Entscheidungsalternativen. Auch in Zukunft solle es in Borken ein gutes und bezahlbares Wirtschaftswegenetz geben.

Darüberhinaus geht er auf das Thema der teerhaltigen Wegeabschnitte ein und bittet um Auskunft, welche Bedeutung diese Thematik für Borken habe.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann verweist hierzu auf den Inhalt der Vorlage.

Bauhofsleiter Beckmann ergänzt, dass Teer bis zum Beginn der 70-er Jahre ein anerkanntes Bindemittel im Straßenbau gewesen sei. Erst danach wurde aufgrund gesundheitlicher Bedenken Bitumen im Straßen- und Wegebau eingesetzt. Für Borken gelte, dass sowohl im Innen- als auch Außenbereich Teer verwandt worden sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing verweist zu diesem Thema darauf, dass es sich hier nicht um ein Borkener Phänomen handele, sondern um eine Problematik, die bundesweite Bedeutung habe.

Stadtverordneter Kindermann bittet um Erläuterung des in der Vorlage verwandten Begriffs „wasserhöffig“.

Verwaltungsmitarbeiterin Mertens erklärt, dass als wasserhöffige Gebiete Bereiche festgesetzt werden, die für die Entstehung des Grundwassers bedeutsam seien. Sie würden auch als grundwassersensible Bereiche bezeichnet. In Borken gebe es diese Bereiche als Porengrundwasserleiter (Bereich Borken / Raesfeld / Marbeck / Grütlohn / Westenborken) und als Kluftgrundwasserleiter (Weseke / Borkenwirthe). Die Unterscheidung werde nach der örtlichen Geologie getroffen.

Aufgrund der hohen Bedeutung dieser Bereiche für die Grundwasserentstehung seien in diesen Bereichen höhere Anforderungen hinsichtlich der Verwendung von Materialien zu beachten.

Die Verwendung von Recyclingbaustoffen, die grundsätzlich einer Genehmigung bedürfe, sei in diesen Gebieten nur dann zulässig, wenn diese mit einer wasserundurchlässigen Schicht abgedeckt würden. Diese Voraussetzungen lägen bei einer Ausführung als wassergebundene Decke nicht vor.

Stadtverordneter Kindermann erkundigt sich, warum dieser Sachverhalt in der Vorlage erläutert würde, aber im Konzeptentwurf nicht berücksichtigt worden sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass dieser Aspekt von den Vertretern der Landwirtschaft im Rahmen der Beteiligung aufgeworfen worden sei.

Im Rahmen der Konzepterstellung habe der Gutachter dieses Thema nicht berücksichtigt. Verwaltungsseitig habe man den Hinweis der Landwirtschaft aufgegriffen und sich mit der Gebietskulisse sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen beschäftigt. Die in Borken betroffene Flächenkulisse ist so erheblich, dass man sich auch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung innerhalb des Stadtgebietes entschieden habe, Abstand von der Idee des Umbaus in wassergebundene Decken zu nehmen.

Man schlage daher vor, das Wegenetz um die Abschnitte zu verringern, die lediglich Einzelinteressen dienen und hierfür Privatisierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Stadtverordneter Kranenburg bittet um Auskunft, ob es nicht sinnvoll sei, die Wirtschaftswege beispielsweise durch ein Fremdunternehmen digital hinsichtlich Ausbau, Zustand und Qualität zu erfassen.

Bauhofsleiter Beckmann hält dem entgegen, dass eine solche Erfassung recht teuer sei. Die angebotenen Verfahren seien visuelle Verfahren, die keinen Aufschluss über die tatsächliche Aufbaustruktur und Qualität brächten. Um hier Klarheit zu haben, müsse man zusätzlich weiterhin im Einzelfall Bohrkerne prüfen lassen.

Aus seiner Sicht liege aufgrund der vierteljährlichen Streckenkontrolle der Wirtschaftswege durch den Bauhof eine umfassende Kenntnis zum Zustand der Wirtschaftswege vor.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass der gute Zustand des städtischen Wirtschaftswegenetzes der guten Arbeit des Bauhofes zu verdanken sei.

Stadtverordneter Lansmann legt Wert darauf, dass jeder Anlieger mit einem Weg verbunden ist. Standard sollte es sein, eine befestigte Wegeverbindung zu haben.

Verwaltungsmitarbeiterin Mertens erklärt, dass die Erschließung von Flurstücken zu gewährleisten sei. Man beabsichtige in einem ersten Schritt zunächst das Augenmerk auf die Privatisierung von Wegeabschnitten zu legen, die keine Netzbedeutung haben sondern nur der Anbindung Einzelner dienen.

Darüber hinaus sei es jedem Bürger möglich sich mit Anregungen und Hinweisen an die Verwaltung zu wenden.

Stadtverordneter Martsch nimmt Bezug auf die als Anlage beigefügte Übersicht über die im Rahmen der Beteiligung eingegangenen Anregungen und erkundigt sich, wie künftig die Straße „Horenfeld“ klassifiziert werde.

Nach einer kurzen Erläuterung der Tabellenstruktur informiert **Verwaltungsmitarbeiterin Mertens**, dass die Straße „Horenfeld“ nicht wie im Entwurf vorgeschlagen privatisiert werden solle. Im Zuge der Bearbeitung der Hinweise zu diesem Wirtschaftsweg habe sich gezeigt, dass der Weg auch für Busse und als Rettungsweg von Bedeutung sei.

Auf Rückfrage von Stadtverordneter Martsch nach der daraus resultierenden Bedeutung für den Beschlussvorschlag erklärt sie, dass heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden solle, wonach die Verwaltung beauftragt werde die Privatisierung wie dargestellt anzustreben.

Stadtverordneter Hadder erklärt, dass er den Beschlussvorschlag vernünftig finde und dem zustimmen würde. Darüber hinaus fehle ihm jedoch der Hinweis, dass neben den drei vorgestellten Finanzierungsmöglichkeiten auch die Möglichkeit bestehe, dass alles so bleibe wie bisher.

Vorsitzender Börger verweist darauf, dass die Bearbeitung des Themas mit der Beratung nicht abgeschlossen sei und damit Einflussnahmen möglich seien.

Im Folgenden geht **Verwaltungsmitarbeiterin Mertens** auf Detailfragen zu einzelnen Wegeabschnitten aus dem Ausschuss ein und stellt fest, dass es in Teilbereichen schon Interesse an der Übernahme von Wegeabschnitten gebe. Gleichwohl sei sicherzustellen, dass jedes Grundstück erschlossen bleibe. Auch könne niemand zum Erwerb entsprechender Zuwegungen gezwungen werden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fasst zusammen, dass der gesamte Prozess transparent sein solle. Das Thema werde in öffentlicher Sitzung behandelt und die Dokumente seien im Internet einzusehen. Sie bedauere, dass trotz Einladung kein Pressevertreter an der Sitzung teilnehme.

Stadtverordneter Kohlruss befürchtet, dass mit einer Veranlagung nach dem KAG erhebliche finanzielle Belastung für die Anlieger verbunden seien und möchte daher wissen, ob diese angehört wurden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing wirft ein, dass Voraussetzung für die Veranlagung nach dem KAG der Erlass einer entsprechenden Satzung für die Grundstücke im Außenbereich sei. Für eine solche Satzung sei die Beteiligung des Rates erforderlich. Zunächst gelte es, das Wegenetz zu optimieren.

In einem zweiten Schritt gehe es darum, ein Finanzierungsmodell zu finden, welches den Borkener Bedürfnissen gerecht werde und einen effektiven Mitteleinsatz sowie einen geringen Verwaltungsaufwand verspreche.

In diesem Zusammenhang werde man beobachten, welche Fortschritte in Gescher mit der Gründung des Wegeverbandes gemacht würden und welche Erfahrungen Coesfeld mit der Veranlagung nach dem KAG mache.

Beschluss:

Der Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss / Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Dem Vorschlag, die im Vorentwurfsplan für eine wassergebundene Ausführung vorgesehenen Wege auch dauerhaft befestigt zu erhalten, wird gefolgt.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit Anliegern der für eine Privatisierung vorgesehenen Wegeabschnitte Verhandlungen auf der Grundlage der vorgeschlagenen Richtschnur zu führen und die entsprechenden Einziehungsverfahren einzuleiten.

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei 14 Ja-Stimmen,
 0 Nein-Stimmen und
 1 Enthaltung

Umwelt- und Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Annahme bei 13 Ja-Stimmen,
 0 Nein-Stimmen und
 1 Enthaltung

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss

- keine -

Umwelt- und Planungsausschuss

Projekt der Wohnbau an der Burloer Straße:

Technischer Beigeordneter Kuhlmann teilt mit, dass die Wohnbau einlade, die fertiggestellten Häuser an der Burloer Str. zu besichtigen.

Er schlägt daher vor, dass sich die Mitglieder des Umwelt- und Planungsausschusses am 18.10.2017 um 16.30 Uhr vor Ort zur Besichtigung treffen.

zu 6 Anfragen an die Verwaltung

**Wasserwirtschaftswegebau-Ausschuss
Wirtschaftswegebau und – sanierung 2017:**

Vorsitzender Börger merkt an, dass in diesem Jahr 12 km Wirtschaftswege saniert worden seien und lobt den Bauhof für die Vorarbeiten und die Abwicklung der Maßnahmen.

Umwelt- und Planungsausschuss

- keine -

gez.
Hubert Börger, Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzende

gez.
Matthias Kaß, Jessica Müller
Schriftführer